

09/2009

---

**2015**  
aktuell

---

1. Oktober 2009

1. Erste Reaktionen auf die Bundestagswahl
2. G20-Gipfel in Pittsburgh mit vagen Ergebnissen
3. UN-Klimagipfel in New York
4. EU legt Plan für Klimaschutz in Entwicklungsländern vor
5. UNCTAD Trade and Development Report 2009
6. Einrichtung einer UN-Frauenorganisation beschlossen
7. MDG Gap Task Force zeigt Finanzierungslücken auf
8. Welternährung: 15 Forderungen für eine Welt ohne Hunger
9. Weltbank legt Doing Business Report vor
10. Globales NRO-Forum zu reproduktiver Gesundheit
11. Kindersterblichkeit laut UNICEF rückläufig

*Kurz notiert  
Termine*

---

### **1. Erste Reaktionen auf die Bundestagswahl**

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat Union und FDP nach den Bundestagswahlen vom 27. September vor einer Abschaffung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gewarnt. Kernaufgabe des Ressorts sei es, die Armut in der Welt zu bekämpfen. Wenn dieses Thema nicht mehr am Kabinetttisch vertreten ist, wird es den Interessen der Außen-, Umwelt- oder Wirtschaftsministerien unterworfen, erklärte die VENRO-Vorstandsvorsitzende Claudia Warning. Zwar habe die FDP richtig erkannt, dass die Entwicklungspolitik zwischen den Ressorts der Bundesregierung besser abgestimmt werden müsse. Die Auflösung des Ministeriums sei jedoch nicht die Lösung des Problems. Zentral sei außerdem, dass Deutschland sich an internationale Vereinbarungen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe hält. An

der Entwicklungshilfe dürfe nicht gespart werden. Sonst würden in Zeiten der Weltwirtschaftskrise die Ärmsten der Armen doppelt getroffen.

[www.venro.org](http://www.venro.org)

Auch der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Weltkirche, appellierte an die neue Bundesregierung, das BMZ zu erhalten. Die Ankündigung der FDP, das BMZ in das Auswärtige Amt zu integrieren, lehnt er ab. Deutschland dürfe unter keinen Umständen die Entwicklungspolitik vernachlässigen und den Beitrag für die Entwicklungsländer reduzieren. Schick erinnert an die Selbstverpflichtung der Bundesregierung, zusätzliche Mittel für die Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen. Dieses Versprechen müsse endlich eingelöst werden. Die Förderung der Entwicklungsländer fördere auch die Bundesrepublik. [www.erzbistum-bamberg.de/information/nachrichten.html?f\\_action=show&f\\_newsitem\\_id=67941](http://www.erzbistum-bamberg.de/information/nachrichten.html?f_action=show&f_newsitem_id=67941)

Die Nichtregierungsorganisation (NRO) Germanwatch reagierte auf Hinweise aus Kreisen der künftigen Koalition zu Veränderungen der derzeitigen Struktur in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit sowie Klima und Energie mit Besorgnis. Es wäre eine Katastrophe, wenn die neue Bundesregierung ihre Zukunftsverantwortung dadurch zum Ausdruck bringt, dass sie das Entwicklungsministerium abwickelt und das Umweltministerium in seinen Kompetenzen erheblich schwächt, erklärte Vorstandsvorsitzender Klaus Milke. Eine Zusammenführung der Entwicklungszusammenarbeit ins Auswärtige Amt und die Überführung wichtiger Kompetenzen des Umweltministeriums in eine neues Energie- und Klimaministerium dürfe es nicht geben. Über das BMZ würden die Interessen der Ärmsten dieser Welt und über das Umweltministerium die Interessen jetziger und künftiger Generationen an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen vertreten. Man dürfe nicht zulassen, dass diese zentralen öffentlichen Aufgaben anderen Interessen untergeordnet werden. Starke Gruppen aus der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft könnten sich ansonsten auf Kosten von Solidarität und Zukunftsfähigkeit durchsetzen. Germanwatch fordert die Kanzlerin deshalb auf, sich energisch für den Bestandsschutz des Entwicklungs- und des Umweltministeriums einzusetzen.

[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

Auch im politischen Raum ist die Debatte über die Gestaltung der Entwicklungspolitik in der neuen Legislaturperiode in Gang gekommen. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Christian Ruck sprach sich für die Beibehaltung eines eigenständigen Entwicklungsministeriums aus. „Es ist im Interesse Deutschlands, den gegenseitigen Ausgleich von Interessen der Entwicklungsländer und Deutschlands in einem eigenständigen Ministerium zu gestalten“, so Ruck. Für Bündnis 90/Die Grünen betonten die Abgeordneten Ute Koczy und Thilo Hoppe, Entwicklungszusammenarbeit brauche eine eigenständige Struktur und eine eigene Stimme am Kabinetttisch. Wer Entwicklungshilfe leisten wolle, so der entwicklungspolitische Sprecher der SPD Sascha Raabe, müsse sich „einmischen in Welthandel und Agrarpolitik.“ Das nehme aber nur „ernst, wer dafür ein Ministerium einrichtet.“

[www.cducsu.de/Titel\\_pressemitteilung\\_eigenstaendiges\\_entwicklungsministerium\\_i st\\_im\\_interesse\\_deutschlands/TabID\\_6/SubTabID\\_7/InhaltTypID\\_1/InhaltID\\_14\\_072/Inhalte.aspx](http://www.cducsu.de/Titel_pressemitteilung_eigenstaendiges_entwicklungsministerium_i st_im_interesse_deutschlands/TabID_6/SubTabID_7/InhaltTypID_1/InhaltID_14_072/Inhalte.aspx)

[www.gruene-](http://www.gruene-)

[bundestag.de/cms/presse/dok/307/307347.entwicklungsministerium\\_muss\\_erhalten\\_bl.html](http://bundestag.de/cms/presse/dok/307/307347.entwicklungsministerium_muss_erhalten_bl.html)

[www.taz.de/1/politik/bundestagswahl/artikel/1/die-unions-favoriten-fuer-ein-ministeramt/](http://www.taz.de/1/politik/bundestagswahl/artikel/1/die-unions-favoriten-fuer-ein-ministeramt/)

## **2. G20-Gipfel in Pittsburgh mit vagen Ergebnissen**

Vom 24. bis 25. September fand im US-amerikanischen Pittsburgh der G20 Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer statt. Dabei verständigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, dass die G20-Staaten bis zum Jahr 2012 schrittweise die Rolle der acht führenden Industriestaaten (G8) als maßgebliches Beratungs- und Steuerungsgremium in globalen Wirtschaftsfragen übernehmen soll. In ihrer Abschlusserklärung sprachen sich die G20-Staaten für eine strengere Kontrolle der Finanzmärkte, eine Regelung zur Begrenzung von Bonuszahlungen in der Kreditwirtschaft sowie schärfere Vorschriften für Eigenkapitalbereitstellung und Liquiditätsreserven von Banken aus. Die Erklärung bekräftigt das Ziel zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) und die Einhaltung des Versprechens zur Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe. Konkrete Schritte, wie die offenkundigen Finanzierungslücken geschlossen werden könnten, werden in der Erklärung jedoch nicht benannt. Auch die Besteuerung von Finanztransaktionen findet im Abschlussdokument keine Erwähnung. Allerdings wird der Internationale Währungsfonds (IWF) beauftragt, bis zum nächsten G20-Gipfel im Juni 2010 zu prüfen, wie der Finanzsektor einen fairen und substanziellen Beitrag leisten könnte, um die Schäden der Krise zu begleichen. Der Klimawandel spielte beim Gipfel nur eine untergeordnete Rolle. Zwar sollen die Anstrengungen verstärkt werden, um beim Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember ein Abkommen zu erreichen, konkrete Festlegungen oder Vorschläge zur Klimafinanzierung oder Emissionsminderung sind aber im „Leader`s Statement“ nicht zu finden. Die G20-Staaten verpflichten sich jedoch, die Subventionierung fossiler Energieträger nach einer Übergangszeit auslaufen zu lassen. Schließlich soll sich der wachsende Einfluss der Schwellen- und Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft in höheren Stimmrechten in den Internationalen Finanzinstitutionen (fünf Prozent zusätzlich im IWF und drei Prozent zusätzlich in der Weltbank) niederschlagen.

[www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm](http://www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm)

Das globalisierungskritische Netzwerk attac hat den G20-Gipfel für gescheitert erklärt. Echte Schritte hin zu einer Kontrolle der Finanzmärkte seien in Pittsburgh nicht gemacht worden. Beschneidungen bei der Managervergütung seien zwar nötig, stünden aber als alleinige Maßnahme in keinem Verhältnis zu den Dimensionen und Ursachen der weltweiten Wirtschaftskrise. Erforderlich sei ein Dreiklang aus echter Kontrolle und Schrumpfung des Bank- und Finanzsektors, der Beseitigung von globalen Handels- und Machtungleichgewichten sowie einer gerechten Verteilung von Vermögen weltweit. Im Vorfeld des G20-Gipfels hatte attac zusammen mit 30 anderen Organisationen in einem offenen Brief die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert. Damit könnten die Kosten der Krise von denen bezahlt werden, die mit dem Handel auf den Finanzmärkten hohe Profite erzielten. Gleichzeitig könnte damit den Ländern des Südens, die besonders von der Krise

betroffen seien, geholfen werden. Es gehe nicht an, dass die Bürgerinnen und Bürger weltweit für den Schaden der Finanzindustrie aufkommen müssten.

[www.attac.de/aktuell/presse/detailansicht/datum/2009/09/25/g20-gescheitert-gipfel-geht-zentrale-ursachen-nicht-an/?cHash=5e6ddbfa91](http://www.attac.de/aktuell/presse/detailansicht/datum/2009/09/25/g20-gescheitert-gipfel-geht-zentrale-ursachen-nicht-an/?cHash=5e6ddbfa91)

[www.attac.de/fileadmin/user\\_upload/bundesebene/Pressegruppe/090923%20Offener%20Brief%20G20%20deutsch.pdf](http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/Pressegruppe/090923%20Offener%20Brief%20G20%20deutsch.pdf)

Auch VENRO hatte sich im Vorfeld des Gipfels für eine Finanztransaktionssteuer eingesetzt. Nach Aussagen der VENRO-Vorstandsvorsitzenden Claudia Warning reguliert eine Besteuerung von Finanzmarktprodukten nicht nur die Finanzmärkte. Die Steuer könnte auch einen Beitrag in Milliardenhöhe zur Armutsbekämpfung, zur Realisierung der MDG und zur Finanzierung des Klimaschutzes leisten. Auch wenn es im deutschen Wahlkampf populär gewesen sei, über die Begrenzung von Managergehältern zu diskutieren, verfehle dies den Kern der Problematik. Die Regierungschefs sollten sich lieber um die wirklichen Probleme kümmern. Rund 90 Millionen Menschen werden voraussichtlich wegen der Finanzkrise unter die Armutsgrenze rutschen. Dies müsse der Ansatzpunkt für den Gipfel in Pittsburgh sein, so Warning.

[www.venro.org/fileadmin/Presse-Downloads/2009/September09/PM-28-2009.pdf](http://www.venro.org/fileadmin/Presse-Downloads/2009/September09/PM-28-2009.pdf)

Im Vorfeld des G20-Gipfels stellte das Social Watch Netzwerk in Pittsburgh seinen „**Social Watch Report 2009 – People First**“ vor. Darin heißt es, dass sozial nachhaltige Investitionen der Schlüssel zu einer gerechten und effektiven Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind. Es gehe darum, die negativen Auswirkungen der Krise auf Arbeitnehmer, Frauen und arme Menschen zu lindern. Der Social Watch Report bietet detaillierte Studien von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 61 Ländern zu den sozialen Auswirkungen der Krise und, darüber hinausgehend, konkrete politische Ansätze wie man der Krise gerecht und effektiv entgegentritt. Außerdem mahnt der Bericht Regierungen, bei der Formulierung von politischen Programmen zur Überwindung der Krise insbesondere auf Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen zu achten. Den Länderbeispielen zufolge sind Arbeitsplatzverluste, der Rückgang von Auslandsüberweisungen und fallende Erlöse aus privaten Rentenfonds für den sinkenden Lebensstandard in armen Ländern verantwortlich. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Least Developed Countries (LDC) sind laut Bericht ernster, da diese zusätzlich zu bereits bestehenden institutionellen und politischen Krisen auftreten. Die Autoren prangern an, dass das institutionelle Design des IWF und der Weltbank den Einfluss der Entwicklungsländer marginalisiert und die nötige Transparenz verhindert. Laut Social Watch hat die Konferenz der Vereinten Nationen (UN) zur Weltwirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf Entwicklung, die im Juni in New York stattfand, den richtigen Fahrplan zur Überwindung der Krise entwickelt, da dieser die Menschen in den Mittelpunkt rückt. Nun sei es an der Zeit, die auf der Konferenz getroffenen Vereinbarungen in die Praxis umzusetzen, damit nicht noch mehr Menschen unverschuldet zu Opfern dieser Krise werden, so Roberto Bissio, Koordinator von Social Watch.

[www.socialwatch.org/sites/default/files/Social-Watch-Report-2009.pdf](http://www.socialwatch.org/sites/default/files/Social-Watch-Report-2009.pdf)

### **3. UN-Klimagipfel in New York**

Sowohl die USA als auch China haben auf dem UN-Klimagipfel in New York am 24. September klare Zusagen für ein Nachfolgeabkommen für das auslaufende Kyoto-

Protokoll vermieden. Das von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einberufene Treffen von rund 100 Staats- und Regierungschefs sollte Bewegung in die stockenden Verhandlungen um ein neues Abkommen im Dezember in Kopenhagen bringen, blieb allerdings hinter den Erwartungen zurück. Die USA und China – Schlüsselstaaten mit dem weltweit größten Ausstoß von Treibhausgasen – legten sich nicht auf konkrete Reduktionsziele fest. US-Präsident Barack Obama erklärte jedoch, dass die USA eine Führungsrolle im Kampf gegen die Erderwärmung einnehmen wollen und mahnte gleichzeitig Schwellenländer, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen. Konkrete Zahlen zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen nannte er aber nicht. Der chinesische Staatspräsident Hu Jintao kündigte an, sein Land wolle Energie einsparen und bis 2020 rund 15 Prozent der benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen. Erstmals sprach er auch von einer Verringerung der Treibhausgasemissionen. Japan hingegen gab bekannt, seine Kohlenstoffdioxid-Emissionen bis 2020 um 25 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Ban Ki-moon bewertete den Klimagipfel vorsichtig als Erfolg. Er spüre ein Gefühl des Optimismus, der Dringlichkeit und Hoffnung, dass die Verhandlungen in Kopenhagen erfolgreich abgeschlossen werden. Nun gelte es, den Worten Taten folgen zu lassen und die nötigen finanziellen Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung zu mobilisieren. Wenn nicht rechtzeitig gehandelt werde, so Ban Ki-moon, müsse man global verstärkt mit Ressourcen-Konflikten rechnen. Auf Vorschlag der Staats- und Regierungschefs beabsichtige er, nach Kopenhagen ein hochrangiges Panel einzuberufen um zu diskutieren, wie Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen besser in Entwicklungsstrategien integriert werden können. [www.un.org/wcm/webdav/site/climatechange/shared/Documents/Chair\\_summary\\_Final\\_E.pdf](http://www.un.org/wcm/webdav/site/climatechange/shared/Documents/Chair_summary_Final_E.pdf)

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) forderte nach Abschluss des UN-Klimagipfels ein weiteres Treffen der Staats- und Regierungschefs zu den Klimaverhandlungen. Wenn sich im Dezember in Kopenhagen wieder 200 Umweltminister mit 5000 Experten treffen würden, wäre dies keine Hilfe. Was fehle, so der Minister, sei die Unterstützung der Regierungschefs, der Finanzminister und der Wirtschaftsminister. Nach Gabriels Auffassung sollten mindestens die Regierungschefs der G20-Staaten zusammenkommen. Es sei ein Fehler, dass sich die G20 praktisch nur auf das Weltfinanzsystem konzentrieren und sich immer nur am Rande in salbungsvollen Reden mit dem Klimathema befassen. Beide Themen haben, laut Gabriel, sehr viel miteinander zu tun. Die G20 müssten endlich beide Themen verbinden und eindeutig entscheiden.

[www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\\_pressemitteilungen/pm/pdf/45015.pdf](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/pdf/45015.pdf)

Anlässlich der Verhandlungen beim Klimagipfel in New York zeigte sich Misereor Geschäftsführer Josef Sayer vom tatsächlichen Willen der Politiker, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu ergreifen und umzusetzen, enttäuscht. Das Positive sei, dass der Gipfel die Problematik des Klimawandels vor aller Welt deutlich gemacht habe. Trotzdem werde nicht gehandelt. Die EU zeige weiterhin keine dynamische Führungsrolle und das Verhalten der USA ist nach wie vor enttäuschend, so Sayer. Das Schicksal der Armen, aber auch der Menschheit insgesamt stehe auf dem Spiel. Hier seien auch die Kirchen gefragt, das Schicksal der Betroffenen wieder in die Debatte einzuführen. Das, was momentan beschlossen werde, reiche bei weitem nicht aus.

[www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/un-klimagipfel-in-new-york-kopie-1.html](http://www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/un-klimagipfel-in-new-york-kopie-1.html)

#### 4. EU legt Plan für Klimaschutz in Entwicklungsländern vor

Nach Einschätzungen der Europäischen Kommission muss die EU mittelfristig jährlich zwischen zwei und 15 Milliarden Euro für den Klimaschutz in den Entwicklungsländern bereitstellen. Dies geht aus dem von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas vorgestellten Plan für die Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern hervor. Demnach geht die Europäische Union davon aus, dass ab dem Jahr 2020 rund 100 Milliarden Euro pro Jahr benötigt werden. 20 bis 40 Prozent sollen von wirtschaftlich fortgeschritteneren Entwicklungsländern selbst getragen werden. Weitere 40 Prozent erhofft sich die EU aus dem internationalen Emissionshandel und die restlichen 22 bis 50 Milliarden müssten durch internationale Hilfen abgedeckt werden. Die Kosten könnten nach der Verantwortlichkeit für den Emissionsausstoß und den finanziellen Möglichkeiten verteilt werden. Der Anteil der EU an den internationalen Hilfen würde demzufolge bei zehn bis 30 Prozent liegen. Mit Blick auf den Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember erklärte EU-Präsident Manuel Barroso, dass ernsthafte Fortschritte nötig seien und Europa beim Thema Klimaschutz weiterhin vorangehen müsse.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1297&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Die NRO Oxfam Deutschland zeigte sich vom EU-Plan enttäuscht. Dieser müsse in wesentlichen Punkten nachgebessert werden, da die vorgeschlagenen Summen deutlich zu niedrig seien. Laut Oxfam wird der Finanzbedarf der Entwicklungsländer für Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel allein bis 2020 auf insgesamt 110 Milliarden Euro jährlich ansteigen. Darüber hinaus bedeute der Vorschlag, dass ein Großteil der Kosten von den Entwicklungsländern selbst getragen werden muss und dass Gelder die eigentlich für Entwicklungshilfe vorgesehen waren, nun umdeklariert würden. Diese Gelder würden dann nicht mehr für Schulen oder Gesundheitsfürsorge zur Verfügung stehen. Oxfam zufolge ist dies nicht akzeptabel, da der Klimawandel vor allem von den reichen Ländern verursacht werde. Oxfam kritisiert in diesem Zusammenhang auch die Bundesregierung, da sie ebenfalls nach wie vor dafür eintritt, dass Gelder für die Bewältigung von Klimaschäden auf die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) angerechnet werden.

[www.oxfam.de/a\\_611\\_presse.asp?id=420](http://www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=420)

#### 5. UNCTAD Trade and Development Report 2009

Der notwendige wirtschaftliche Strukturwandel zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels bietet enorme Chancen für eine tragfähige Entwicklung. Zu diesem Schluss kommt der jüngste „**Trade and Development Report**“ der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Die Verringerung der Treibhausgas-Emissionen und die Begrenzung der Erderwärmung dürfe allerdings nicht den Marktkräften allein überlassen werden. Industrieländer seien in der Pflicht, Treibhausgasemissionen gezielt zu reduzieren, eine pro-aktive Industriepolitik zu verfolgen und in grüne Technologien zu investieren. Dafür müsse der öffentliche Sektor die Führung in den Bereichen Forschung und Entwicklung, sowie beim Einsatz neuer Technologien übernehmen. Die Entwicklungsländer, die am meisten

unter den Folgen des Klimawandels ebenso wie unter der Finanz- und Wirtschaftskrise zu leiden haben, könnten einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten, wenn sie durch staatliche Regulierungen saubere Energien und Technologien fördern würden. Nach Meinung der Autoren sollten Entwicklungsländer den ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft in nationale Entwicklungspläne integrieren und internationale Abkommen für eine verstärkte Subventionspolitik im Bereich der erneuerbaren Energien und umweltfreundlichen Technologien nutzen. Den Prognosen der UNCTAD zufolge wird das Wirtschaftswachstum in der Gruppe der Entwicklungsländer von 5,4 Prozent im Jahr 2008 auf 1,3 Prozent im Jahr 2009 zurückfallen. Der Bericht warnt daher davor, dass die MDG insbesondere in Subsahara-Afrika praktisch nicht mehr zu erreichen sind. In vielen Ländern werde es aller Voraussicht nach bis zu sechs Jahre dauern um das Bruttoinlandsprodukt von 2007 zu erreichen. Von zentraler Bedeutung sei es deshalb, antizyklische makroökonomische Maßnahmen durchzuführen, um die aktuelle Krise zu überwinden. Darüber hinaus fordern die Autoren ein temporäres Schuldenmoratorium für Länder mit niedrigem Einkommen und eine international koordinierte Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA).

[www.unctad.org/en/docs/tdr2009\\_en.pdf](http://www.unctad.org/en/docs/tdr2009_en.pdf)

## **6. Einrichtung einer UN-Frauenorganisation beschlossen**

Nach dreijährigen Verhandlungen hat die UN-Generalversammlung am 14. September die Einrichtung einer UN-Frauenorganisation beschlossen. Die Organisation wird die vier bestehenden Einrichtungen zur Förderung von Frauen, darunter den UN-Entwicklungsfonds für Frauen (UNIFEM), zu einer den anderen UN Organisationen gleichgestellten Einheit unter der Leitung eines/r Untergeneralsekretär/in zusammenführen. Ziel ist die Stärkung von Frauenrechten und ein stärkerer Einsatz der Vereinten Nationen für Geschlechtergerechtigkeit. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon wertete die UN-Resolution als wichtigen Schritt hin zu einer „robusteren Förderung“ von Frauenrechten im Rahmen der Vereinten Nationen. Er wies darauf hin, dass die Zahl von Frauen in Führungspositionen unter seiner Führung um 40 Prozent zugenommen habe.

[www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=32066&Cr=women&Cr1=](http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=32066&Cr=women&Cr1=)

Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt begrüßten die Einrichtung der UN Organisation. Die „Gender Equality Architecture Reform“ (GEAR)-Kampagne, in der sich über 300 zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit für die Reform der Genderarchitektur der Vereinten Nationen eingesetzt hatten, wertete den Beschluss als einen historischen Moment, der das Potential habe, Frauenrechte weltweit bedeutend zu stärken. Der europäische Zweig der GEAR-Kampagne wies jedoch auch auf die fehlende Konkretisierung des Mandats im Rahmen der UN-Resolution hin und forderte schnelle und effektive Schritte, um im Rahmen des Beschlusses tatsächlich zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen. Die Effektivität der neuen Einheit hänge insbesondere von der Finanzierung der Organisation durch die Geberländer, sowie von starken Führungsstrukturen unter der Einbeziehung der Zivilgesellschaft ab.

[www.un-gear.eu/news\\_events/wp-content/uploads/2009/09/September-14-2009-GEAR-SWC-statement.pdf](http://www.un-gear.eu/news_events/wp-content/uploads/2009/09/September-14-2009-GEAR-SWC-statement.pdf)

[www.un-gear.eu/news\\_events/wp-content/uploads/2009/09/EU\\_GEAR\\_statement\\_UNGA\\_SWC\\_resolution\\_150909.pdf](http://www.un-gear.eu/news_events/wp-content/uploads/2009/09/EU_GEAR_statement_UNGA_SWC_resolution_150909.pdf)

## 7. MDG Gap Task Force zeigt Finanzierungslücken auf

Die MDG Gap Task Force der UN hat in einem Bericht die Versäumnisse der Geberländer bei der Entwicklungsfinanzierung aufgezeigt. Die Zahlen der UN zeigen, dass bis 2010 noch eine gewaltige finanzielle Lücke klafft, um die Zusagen des G8-Gipfels von Gleneagles aus dem Jahr 2005 zu erfüllen. 2008 gaben die Gebernationen insgesamt knapp 120 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungszusammenarbeit aus. 2010 müssten es 154,5 Milliarden US-Dollar sein um die Zusage von Gleneagles zu erfüllen. Das bedeutet eine Steigerung der Ausgaben um über 17 Milliarden US-Dollar pro Jahr für 2009 und 2010. Dabei wurde Afrika unterdurchschnittlich berücksichtigt: 2008 wurden im Vergleich zu 2004 gerade einmal 4,4 Milliarden mehr US-Dollar für Entwicklungszusammenarbeit in Afrika ausgegeben. Das bedeutet eine Lücke von 20,6 Milliarden US-Dollar zur Zielvorgabe von 2010. Auch Deutschland muss seine Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt steigern. Um den Stufenplan der EU zur Steigerung der Entwicklungsausgaben auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2010 zu erfüllen, müsste Deutschland nach Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) etwa 2,6 Milliarden Euro mehr für die Entwicklungszusammenarbeit einplanen. Der Report weist auch auf weitere Bereiche der in MDG 8 angestrebten globalen Partnerschaft hin, die bis dato den Vorgaben hinterherhinken. Zum Beispiel gibt es noch immer kein Welthandelsabkommen, welches die Interessen der Entwicklungsländer an erste Stelle setzt. Auch der zollfreie Export in die Industrieländer ist bisher nur für 80 Prozent der Waren aus Entwicklungsländern möglich, 97 Prozent wurden im WTO-Abkommen von 2005 in Hongkong festgelegt. Auch bemängelt der UN-Report, dass die Schuldenerlasse für Entwicklungsländer mit in die Statistiken der Entwicklungsfinanzierung einfließen.

[www.un.org/esa/policy/mdggap/mdg8report\\_engw.pdf](http://www.un.org/esa/policy/mdggap/mdg8report_engw.pdf)

## 8. Welternährung: 15 Forderungen für eine Welt ohne Hunger

Ein breites Bündnis entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen hat im Vorfeld der Bundestagswahl „**Forderungen für eine Welt ohne Hunger**“ an die Parteien gerichtet. Darin werden alle politischen Parteien aufgefordert, dem Recht auf Nahrung für alle Menschen auf der Welt in der kommenden Legislaturperiode eine hohe politische Priorität einzuräumen. Seit Beginn der Ernährungskrise vor zwei Jahren habe sich die Situation der Welternährung fundamental verschärft. Bereits in diesem Jahr werde die Zahl der weltweit chronisch Unterernährten einen Höchststand von über einer Milliarde erreichen. Das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, klimabedingte Ernteauffälle, fortschreitende Bodendegradation, Wassermangel und Flutkatastrophen, der Verlust an Biodiversität, zunehmende Flächenkonkurrenz, die steigende Nachfrage nach Fleischprodukten und ein steigender Ölpreis werden die Welternährungslage nach Meinung des Bündnisses weiter zuspitzen. Grundlegend wichtig sei nun, einen rechtsbasierten Ansatz voranzutreiben, der die Multifunktionalität der Landwirtschaft berücksichtigt und auf eine integrierte ländliche Entwicklung setzt. Insbesondere in den von Lebensmittelimporten abhängigen Ländern gelte es, der Förderung der einheimischen Lebensmittelversorgung Priorität einzuräumen. Die zukünftige Bundesregierung müsse ihren Teil dazu beitragen, dass das Recht auf Nahrung für alle Menschen auf der Welt gewährleistet wird.

[www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/AG Landwirtschaft Ernaehrung/le 2009 aufruf welt ohne hunger.pdf](http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/AG_Landwirtschaft_Ernaehrung/le_2009_aufruf_welt_ohne_hunger.pdf)

Nach aktuellen Prognosen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) muss die Produktion von Nahrungsmitteln bis zum Jahr 2050 um 70 Prozent gesteigert werden, um das Wachstum der Weltbevölkerung um 2,3 Milliarden aufzufangen. Dazu sind vor allem höhere Ernteerträge und eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung notwendig. Für eine wachsende Zahl von Ländern prognostiziert die FAO Wassermangel, insbesondere im Nahen Osten, Nordafrika und Südasien. Der Klimawandel könne dieses Problem verschärfen.

[www.fao.org/news/story/en/item/35571/icode/](http://www.fao.org/news/story/en/item/35571/icode/)

## 9. Weltbank legt Doing Business Report vor

Anfang September präsentierte die Weltbank ihren diesjährigen Doing Business Report unter dem Titel „**Reforming through Difficult Times**“. Der Bericht untersucht für 183 Länder, welche Kosten Unternehmen durch gesetzliche Regulierungen entstehen. Von den erfassten Staaten haben 70 Prozent dem Bericht zufolge insgesamt 287 Reformmaßnahmen durchgeführt, die Unternehmensgründungen erleichtern, das Handelsrecht verbessern, Investitionen besser schützen oder den Zugang zu Krediten erleichtern. Diese Regulierungen hätten beträchtlichen Einfluss darauf, wie vor allem kleine und mittlere Unternehmen die Folgen der globalen Wirtschaftskrise bewältigen können. An der Spitze der Länder, in denen eine Unternehmensgründung und der Betrieb eines Unternehmens besonders leicht ist, stehen Singapur, Neuseeland und Hongkong. Zwei Drittel der Reformen, so der Bericht, seien jedoch in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen durchgeführt worden. Mit Ruanda steht erstmal ein Land in Subsahara-Afrika unter den „TOP 10“ der wirtschaftsfreundlichsten Länder. Schusslichter dagegen sind Guinea-Bissau, die Demokratische Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik.

[www.doingbusiness.org/features/Highlights2010.aspx](http://www.doingbusiness.org/features/Highlights2010.aspx)

Der Bericht steht vor allem aufgrund der Auswahl seiner Indikatoren stark in der Kritik von NRO und Internationalen Organisationen. So wird bei sieben der zehn Indikatoren weniger staatliche Regulierung positiv bewertet. Beispielsweise schneiden im Bereich des Arbeitsrechts die Länder am positivsten ab, in denen Arbeitnehmerrechte am wenigsten gesichert sind. Der Internationale Gewerkschaftsbund (ITUC) forderte die Weltbank auf, die Reduzierung von Arbeits- und Sozialschutz als Kriterium im Doing Business Report zu beenden. Das europäische Netzwerk der Entschuldungsinitiativen „Eurodad“ kritisiert, dass der Bericht Regierungen lobt, die Unternehmenssteuern kürzen und Arbeitnehmerrechte beschneiden. Auch die Kernbotschaft des Berichts, dass sich Deregulierung grundsätzlich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auswirkt, muss hinterfragt werden.

[www.eurodad.org/blog/index.aspx?id=3824&blogid=1758](http://www.eurodad.org/blog/index.aspx?id=3824&blogid=1758)

[www.ituc-csi.org/spip.php?article4275](http://www.ituc-csi.org/spip.php?article4275)

## 10. Globales NRO-Forum zu reproduktiver Gesundheit

Expertinnen und Experten aus mehr als 130 Ländern haben Anfang September nach dreitägigen Beratungen in Berlin in einem „**Berlin Call to Action**“ die Umsetzung des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo aus dem Jahr 1994 gefordert. 15 Jahre nach der Verabschiedung des Programms, gelte es nun endlich konkrete und vollfinanzierte Maßnahmen durchzusetzen, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit sichern. Das Globale NGO-Forum zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Entwicklung fordert deren Umsetzung bis zum Jahr 2015. Erforderlich seien dafür die Anerkennung der sexuellen und reproduktiven Rechte als Menschenrechte, Investitionen in umfassende sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienste, die Bereitstellung von und Information über Gesundheitsdienste vor allem für junge Menschen sowie mehr Gebermittel für diesen Bereich des Gesundheitssektors. Zentral ist den NRO zufolge zudem die Einführung formaler Mechanismen für eine entscheidungsrelevante Beteiligung der Zivilgesellschaft im Bereich reproduktive Gesundheit.

[www.dsw-online.de/pdf/BERLIN\\_CALL\\_TO\\_ACTION\\_FINAL.pdf](http://www.dsw-online.de/pdf/BERLIN_CALL_TO_ACTION_FINAL.pdf)

## 11. Kindersterblichkeit laut UNICEF rückläufig

Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF hat am 10. September neue Zahlen zur weltweiten Kindersterblichkeit veröffentlicht. Danach ist die Kindersterblichkeit im Vergleich zu 1990 um 28 Prozent zurückgegangen, so die Zahlen der UN-Organisation. Dennoch sterben jedes Jahr immer noch 8,8 Millionen Kindern an zumeist behandelbaren oder vermeidbaren Krankheiten. Bis zum Jahr 2015 will die Staatengemeinschaft die Kindersterblichkeit im Vergleich zu 1990 um insgesamt zwei Drittel senken, also etwa 66 Prozent. Die häufigsten Todesursachen bei Kindern unter fünf Jahren in Entwicklungsländern sind Lungenentzündung und Durchfallerkrankungen. Auch an Malaria und HIV/Aids sterben jährlich viele Kinder. Allein 40 Prozent der Todesfälle entfallen dabei auf Indien, Kongo und Nigeria. Insgesamt entfallen allein auf Afrika und Asien 93 Prozent der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren. In einigen der ärmsten Länder, wie zum Beispiel in Bolivien, Bangladesch und Malawi konnte die Kindersterblichkeit jedoch überdurchschnittlich stark gesenkt werden. Erfolgversprechend sind dabei oft relativ einfache Mittel wie zum Beispiel Impfungen gegen Krankheiten oder die Verteilung von Moskitonetzen zum Schutz gegen Moskitos, die Malaria übertragen. Durchfallerkrankungen, eine der häufigsten Todesursachen bei Kindern unter fünf Jahren, sind aber häufig auf verunreinigtes Trinkwasser und schlechte hygienische Bedingungen bei der Sanitärversorgung zurückzuführen. Das Problem wiegt schwer, denn 884 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und etwa 2,5 Milliarden Menschen haben keine saubere Sanitärversorgung zur Verfügung. Will die Staatengemeinschaft das MDG 4 erreichen, muss sie besonders hier ansetzen.

[www.unicef.de/index.php?id=6807](http://www.unicef.de/index.php?id=6807)

---

### **Kurz notiert:**

Im Jahr 2010 soll nach den Zielvorgaben des MDG 6 der universelle Zugang zur HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen gewährleistet sein. Am Beispiel Südafrikas zeigt das Aktionsbündnis gegen Aids dazu in der Broschüre „**Zugang für alle! Haltet das Versprechen**“ die Wechselwirkung zwischen HIV/Aids und Armut, Gender-Ungerechtigkeit und Verletzungen der Menschenrechte auf.

[www.aids-kampagne.de/materialien/dossiers/universal-access/](http://www.aids-kampagne.de/materialien/dossiers/universal-access/)

Der Evangelische Entwicklungsdienst, die Nordelbische Kirche und „Brot für die Welt“ haben die Kampagne „**Countdown to Copenhagen**“ gestartet. Ziel der Kampagne ist es, die Bundesregierung aufzufordern, sich für ein gerechtes und ambitioniertes Klimaabkommen und für Klimagerechtigkeit einzusetzen. Die deutsche Kampagne ist Teil einer weltweiten ökumenischen Bewegung, an der Organisationen aus aller Welt teilnehmen.

[www.countdowntocopenhagen.de/](http://www.countdowntocopenhagen.de/)

Vom 16. bis 18. Oktober 2009 findet der weltweite Aktionstag gegen Armut statt. Unter dem Motto "**Stand Up against poverty**" stehen Millionen von Menschen symbolisch gegen Armut und für die UN-Millenniumsziele auf. Zum Stand Up rufen die UN-Millenniumskampagne und Deine Stimme gegen Armut auf.

[www.stell-dich-gegen-armut.de/](http://www.stell-dich-gegen-armut.de/)

---

## **Termine**

### **8. Oktober 2009, 19.00 Uhr, Berlin, FIAN, Heinrich-Böll-Stiftung**

Ausländische Direktinvestitionen als Instrument gegen den Hunger?

Vorstellung des World Investment Report der UNCTAD

Weitere Informationen unter: [www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=7025&returnurl=/index.aspx](http://www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=7025&returnurl=/index.aspx)

### **9. Oktober 2009, 11.00 Uhr bis 12.30 Uhr, Berlin, BMZ, InWEnt, Weltbank**

Präsentation des Weltentwicklungsbericht 2010: Development and Climate Change

Weitere Informationen unter: [www.oneworld-](http://www.oneworld-jobs.org/veranstaltungen+M5c79798bc76.html?&tx_jwcalendar_pi1[action]=singleView&tx_jwcalendar_pi1[eventid]=323&tx_jwcalendar_pi1[uid]=311)

[jobs.org/veranstaltungen+M5c79798bc76.html?&tx\\_jwcalendar\\_pi1\[action\]=singleView&tx\\_jwcalendar\\_pi1\[eventid\]=323&tx\\_jwcalendar\\_pi1\[uid\]=311](http://www.oneworld-jobs.org/veranstaltungen+M5c79798bc76.html?&tx_jwcalendar_pi1[action]=singleView&tx_jwcalendar_pi1[eventid]=323&tx_jwcalendar_pi1[uid]=311)

### **9. bis 11. Oktober 2009, Hirschluch (Storkow), INKOTA**

Solidarität in Zeiten der Krise (und in Zeiten von Schwarz-Gelb)

Tagung

Weitere Informationen unter:

[www.inkota.de/aktuelles/veranstaltungen/detailansicht/vom/25/august/2009/solidaritaet-in-zeiten-der-krise/](http://www.inkota.de/aktuelles/veranstaltungen/detailansicht/vom/25/august/2009/solidaritaet-in-zeiten-der-krise/)

### **22. Oktober 2009, 9.00 Uhr bis 10.30 Uhr, Berlin, PlaNet Finance, Micro-Loans Unlimiting People**

Mikroversicherungen – Wirksame Krisenbewältigung für die Armen?

3. Mikrofinanzen-Frühstück

Weitere Informationen unter: <http://deutschland.planetfinancegroup.org/>

### **30. und 31. Oktober 2009, Berlin, Ärzte ohne Grenzen, Deutsches Rote Kreuz, Ärzte dieser Welt**

Taking the Pulse of Humanitarian Action - Reflections on Advocacy, Security, and Climate Change.

XI. Humanitärer Kongress

Weitere Informationen unter: [www.humanitaererkongress.de/](http://www.humanitaererkongress.de/)

### **6. und 7. November 2009, London, Bretton Woods Project, Action Aid, u.a.**

Recovery towards what? Finance, justice, sustainability and Put People First

G20 Counter Conference

Weitere Informationen unter: [www.putpeoplefirst.org.uk/autumn/counterconference/](http://www.putpeoplefirst.org.uk/autumn/counterconference/)

**10. November 2009, Berlin, VENRO**

Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft – Zwischen Konfrontation und Kooperation  
Fachgespräch

Weitere Informationen unter [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Henrik Wiegemann

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*